

# Wahrgenommene Einkommensgerechtigkeit konjunkturabhängig

*Gut die Hälfte der Beschäftigten in Deutschland bewertet ihr Einkommen zu allen hier betrachteten Befragungszeitpunkten – 2005, 2007 und 2009 – als gerechte Entlohnung. Bei der Beurteilung des eigenen Einkommens lassen sich aber auch deutliche Veränderungen beobachten. Die Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) für 2009 zeigen, dass sich der Anteil derjenigen, die sich ungerecht entlohnt fühlen, nach einem zwischenzeitlichen Anstieg wieder deutlich zurückgebildet hat. Er lag 2009 mit rund 30 Prozent fast wieder auf dem Niveau von 2005. In Krisenzeiten sind Beschäftigte offensichtlich bereit, ihre Einkommensansprüche zu reduzieren, während sie in Aufschwungphasen – wie im Jahr 2007 – ihren gerechten Anteil am wirtschaftlichen Erfolg erwarten.*

*Die Analysen machen auch deutlich, dass es gerade die Bezieher niedriger bis mittlerer Einkommen und insbesondere Facharbeiter sind, die ihr Nettoeinkommen über die Zeit stabil als ungerecht empfinden. Dazu trägt auch die Einkommensbesteuerung bei. Im oberen Einkommenssegment zeigt sich dagegen kein negativer Effekt der Steuerlast auf die Gerechtigkeitsbewertung des eigenen Nettoeinkommens.*

*Schließlich bestätigen die Ergebnisse frühere Befunde, dass es auch in einer Welt, in der jeder das subjektiv als gerecht bewertete Einkommen erhielt, Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen gäbe. Die Einkommensansprüche der Frauen sind – auch innerhalb der einzelnen Berufsstatusgruppen – deutlich geringer als die der Männer.*

Die Längsschnitterhebung Sozio-oekonomisches Panel (SOEP), die im Auftrag des DIW Berlin jährlich vom Erhebungsinstitut TNS Infratest Sozialforschung in München durchgeführt wird, bietet für die Zeit ab 2005 Daten über die Vorstellungen zur Gerechtigkeit des eigenen Erwerbseinkommens. Die vorliegende Studie schließt an frühere Untersuchungen des DIW Berlin zu diesem Thema an.<sup>1</sup>

## Ausmaß empfundener Entlohnungsungerechtigkeit zurückgegangen

Im Jahr 2009 empfanden 31 Prozent aller Erwerbstätigen in Deutschland ihr Netto-Erwerbseinkommen als ungerecht (Tabelle 1). Nachdem dieser Anteil von 2005 auf 2007 deutlich gestiegen war, ist er nun wieder fast auf das ursprüngliche Niveau zurückgegangen. Differenziert man nach alten und neuen Bundesländern, zeigt sich, dass 28 Prozent der Erwerbstätigen im Westen und 45 Prozent der Beschäftigten im Osten ihr Erwerbseinkommen als ungerecht bewerten. Der Unterschied zwischen West- und Ostdeutschland ist damit zwar nach wie vor groß, er war aber 2009 geringer als noch 2005. Die Gerechtigkeitseinstellungen passen sich offenbar zwischen Ost und West zunehmend an.

Neben den Anteilen von subjektiv gerecht oder ungerecht Entlohnten geben die Daten Auskunft über das Ausmaß an empfundener Ungerechtigkeit. Dieses wird mit dem *J12-Index* gemessen (Kasten). Es ist bekannt, dass das Ungerechtigkeitsempfinden in Bezug auf das eigene Einkommen stark von der Einkommenshöhe abhängt. Um bei dieser Betrachtung Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigte vergleichbar zu ma-

**Stefan Liebig**  
stefan.liebig  
@uni-bielefeld.de

**Peter Valet**  
peter.valet@uni-bielefeld.de

**Jürgen Schupp**  
jschupp@diw.de

<sup>1</sup> Liebig, S., Schupp, J.: Immer mehr Erwerbstätige empfinden ihr Einkommen als ungerecht. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 31/2008.

Tabelle 1

**Erwerbstätige<sup>1</sup>, die ihr Einkommen als ungerecht einschätzen**

Anteile in Prozent

	2005			2007			2009		
	Insgesamt	West-deutschland	Ost-deutschland	Insgesamt	West-deutschland	Ost-deutschland	Insgesamt	West-deutschland	Ost-deutschland
Insgesamt	29	25	46	38	35	53	31	28	45
Abhängig Beschäftigte	29	25	46	38	35	53	31	28	46
Selbständige	28	24	45	34	30	50	28	25	35
Zahl der Beobachtungen	7 480	5 771	1 709	7 603	5 821	1 782	7 523	5 746	1 777

<sup>1</sup> Erwerbstätige, die sowohl 2005, 2007 und 2009 befragt wurden (N = 14 645) und zu mindestens einem Zeitpunkt erwerbstätig waren (N = 9 705), ohne Personen in Ausbildung. Subjektiv ungerecht Entlohnte, die keine Angabe zur Höhe eines gerechten Einkommens gemacht haben, wurden nicht berücksichtigt.

Quelle: SOEP 2010.

DIW Berlin 2010

**Rund 30 Prozent aller Erwerbstätigen** schätzen ihr Einkommen als ungerecht ein. Im Aufschwung 2007 war der Anteil deutlich höher, weil viele meinten, nicht ausreichend am wirtschaftlichen Erfolg beteiligt zu werden.

chen, werden nicht die Monatslöhne, sondern die Stundenlöhne zugrundegelegt.<sup>2</sup>

<sup>2</sup> Für die Berechnung der Stundenlöhne wurde die tatsächlich geleistete Arbeitszeit der Beschäftigten herangezogen.

Das Ungerechtigkeitsempfinden in Bezug auf das eigene Einkommen ist am stärksten bei Beziehern niedriger Einkommen (Abbildung 1). In den oberen Einkommensgruppen (Dezilen) ist es dagegen weit aus geringer. Die Veränderungen im Zeitverlauf – Anstieg von 2005 auf 2007 und Rückkehr zum alten

Kasten

**Zur Methodik der empirischen Gerechtigkeitsforschung**

Seit 2005 werden im Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) alle zwei Jahre Fragen zur Gerechtigkeitseinschätzung des eigenen Netto-Erwerbseinkommens erhoben.<sup>1</sup> Die Frage im SOEP lautet: „Ist das Einkommen, das Sie in Ihrer jetzigen Stelle verdienen, aus Ihrer Sicht gerecht?“ Die Befragten konnten mit Ja oder Nein antworten. Antworten die Befragten mit Nein wird die Frage gestellt: „Wie hoch müsste ein gerechter Nettoverdienst für Sie sein?“ und der konkrete Einkommensbetrag erhoben.

Neben der Unterscheidung von gerecht und ungerecht entlohnten Individuen lässt sich mittels einer von der US-amerikanischen Soziologin Guillermina Jasso entwickelten Gerechtigkeitsformel noch eine feinere Unterscheidung des Ungerechtigkeitsempfindens errechnen.<sup>2</sup> Das logarithmierte Verhältnis zwischen tatsächlichem Einkommen und als gerecht erachtetem Einkommen resultiert in einem Index *J*, über den sich zusätzlich auch das Ausmaß des Ungerechtigkeitsempfindens erfassen lässt.<sup>3</sup> Über das arithmetische Mittel (*J/1*) dieser individuellen *J*-Werte, beziehungsweise über das arithmetische Mittel der absoluten *J*-Werte (*J/2*) lassen sich zudem zwei weitere Indizes errechnen, die das Ungerechtigkeitsempfinden im Aggregat erfassen.<sup>4</sup>

Die im Vergleich zu früheren Veröffentlichungen geringfügigen Abweichungen der in diesem Bericht ausgewiesenen Prozentanteile von 29 beziehungsweise 38 Prozent der Erwerbstätigen, die ihr Einkommen 2005

und 2007 als ungerecht einschätzten, sind der Berücksichtigung verbesserter Gewichtungsfaktoren für die SOEP-Daten geschuldet.

Bei der Bildung der Berufsstatusgruppen wurde auf die ISEI-Klassifikation zurückgegriffen (International Socio-Economic Index of Occupational Status).<sup>5</sup> In der untersten Statusgruppe (20) sind beispielsweise Hilfskräfte und Reinigungspersonal repräsentiert und in der höchsten Statusgruppe (90) Ärzte und Hochschullehrer.

<sup>1</sup> Vgl. Schupp, J.: 25 Jahre Sozio-oekonomisches Panel – Ein Infrastrukturprojekt der empirischen Sozial- und Wirtschaftsforschung in Deutschland. Zeitschrift für Soziologie 38-2009, 350–357. In der Erhebung des Jahres 2009 wird zusätzlich zum Nettoeinkommen auch die Gerechtigkeit des eigenen Bruttoeinkommens abgefragt.

<sup>2</sup>  $J = \ln \left( \frac{\text{tatsächliches Einkommen}}{\text{als gerecht erachtetes Einkommen}} \right)$

Jasso, G.: On the Justice of Earnings: A New Specification of the Justice Evaluation Function. AJS No. 83, 1978, 1398–1419.

<sup>3</sup> *J* nimmt den Wert 0 an, wenn perfekte Gerechtigkeit herrscht. Ein positiver *J*-Wert resultiert wenn ein Befragter angibt, dass sein aktuelles Einkommen größer ist als es gerechterweise sein müsste, ein negativer *J*-Wert ergibt sich, wenn das tatsächliche Einkommen geringer als das als gerecht erachtete Einkommen ausfällt. Je größer die Differenz zwischen tatsächlichem und als gerecht empfundenem Einkommen ausfällt, desto größer ist die Abweichung des *J*-Wertes von 0.

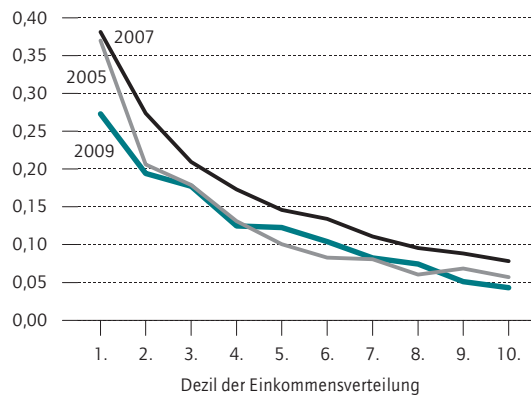
<sup>4</sup> Jasso, G.: How Much Injustice is There in the World? Two New Justice Indexes. In: American Sociological Review, Vol. 64, No.1, 1999, 133–168.

<sup>5</sup> Ganzeboom, H. B. G., De Graaf, P. M., Treiman, D. J., de Leew, J.: A Standard International Socio-Economic Index of Occupation Status. In: Social Science Research 21, 1992, 1–56.

Abbildung 1

### Ausmaß der empfundenen Einkommensgerechtigkeit

J/I2-Index<sup>1</sup>



<sup>1</sup> Zur Berechnung des Index siehe Kasten.

Quelle: Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2010

Die empfundene Einkommensungerechtigkeit lag 2007 in allen Einkommensgruppen über der von 2005 und 2009.

Niveau 2009 – sind indes bei allen Einkommensgruppen ähnlich.

### Steuerbelastung erhöht nicht das Ungerechtigkeitsempfinden in oberen Einkommensgruppen

Zusätzlich zur Frage, wie hoch ein gerechtes Netto-Einkommen sein müsste, wurden im Jahr 2009 auch die Vorstellungen über die Höhe eines gerechten Brutto-Einkommens erhoben. Damit lässt sich das Ausmaß an empfundener Einkommensungerechtigkeit für das Netto- und das Bruttoeinkommen getrennt berechnen und auf dieser Grundlage auch einschätzen, welche Wirkung die Besteuerung beziehungsweise die Transferleistungen auf das Ungerechtigkeitsempfinden haben. Das Einkommen nach Steuern und Transferleistungen wird im mittleren Einkommensbereich als ungerechter wahrgenommen als das am Arbeitsmarkt erzielte Einkommen vor Steuern (Abbildung 2). In den oberen Einkommensgruppen führt dagegen die Besteuerung des Markteinkommens zu keiner Erhöhung des Ungerechtigkeitsempfindens.<sup>3</sup>

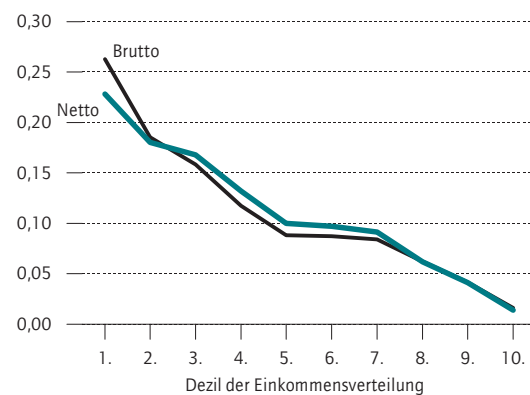
Nur am unteren Ende der Einkommenshierarchie ist die Gerechtigkeitswahrnehmung beim Nettoeinkommen größer als beim Bruttoeinkommen. Sowohl

<sup>3</sup> Vgl. hierzu auch die ausführlicheren Ergebnisse anhand komplexerer Analysen mit Daten aus dem Jahr 2007, Liebig, S., Schupp, J.: Leistungs- oder Bedarfsgerechtigkeit – Über einen normativen Zielkonflikt des Wohlfahrtsstaats und seiner Bedeutung für die Bewertung des eigenen Erwerbseinkommens. Soziale Welt 59-2008, 7–30.

Abbildung 2

### Ausmaß der empfundenen Ungerechtigkeit in Bezug auf das Brutto- und das Nettoeinkommen 2009

J/I2-Index<sup>1</sup>



<sup>1</sup> Zur Berechnung des Index siehe Kasten.

Quelle: Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2010

Das Nettoeinkommen wird in den mittleren Einkommensgruppen als ungerechter empfunden als das Bruttoeinkommen.

die Auswirkungen der geringeren Steuerbelastung als auch die vielfach gewährten Transferzahlungen in den unteren Einkommensgruppen dürften hier ihren Niederschlag finden.

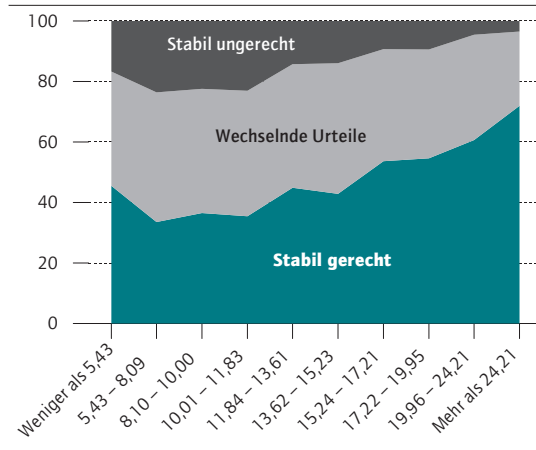
### Die Hälfte der Beschäftigten bewertet eigenes Einkommens dauerhaft als gerecht

Anhand der Daten zu mittlerweile drei Befragungszeitpunkten (2005, 2007 und 2009) kann auch gezeigt werden, wie stabil die Einschätzung der einzelnen Beschäftigten zur Gerechtigkeit ihres Netto-Erwerbseinkommens im Zeitverlauf ist. Gut die Hälfte der zu allen drei Zeitpunkten befragten und erwerbstätigen Personen stuft ihr Einkommen konstant als gerecht ein (51 Prozent). Lediglich rund 13 Prozent betrachten ihr Einkommen gleich bleibend als ungerecht. Bei den übrigen 36 Prozent der Erwerbstätigen hatten die Bewertungen des eigenen Einkommens im Verlauf der Untersuchungsperiode gewechselt. Wie Abbildung 3 zeigt, ist eine stabile oder auch wechselnde Bewertung des eigenen Einkommens von der Höhe des eigenen Bruttostundenlohns abhängig. Mit zunehmender Einkommenshöhe steigt der Anteil derjenigen, die ihr Einkommen konstant als gerecht beurteilen. Allerdings ist auch bei Personen am unteren Ende der Einkommenshierarchie der Anteil konstant gerecht Entlohnter vergleichsweise hoch. Wechselnde Einschätzungen zwischen den Beobachtungsjahren 2005, 2007 und 2009 und vor allem stabile Ungerechtigkeitsbewertungen finden sich besonders in den niedrigen bis mittleren Einkommensgruppen, das heißt bei einem Bruttostundenlohn zwischen acht und zwölf Euro.

Abbildung 3

**Stabilität und Veränderungen der Urteile zur Einkommensgerechtigkeit 2005, 2007 und 2009 nach der Höhe des individuellen Bruttostundenlohns**

Anteile in Prozent



Quelle: Berechnungen des DIW Berlin. **DIW Berlin 2010**

**Je höher der Bruttostundenlohn ist, desto mehr Erwerbstätige empfinden ihn dauerhaft als gerecht.**

Zu den Faktoren, die zu einem kontinuierlichen Ungerechtigkeitsempfinden beitragen, gehört an erster Stelle eine lange und über die Zeit zunehmende Arbeitszeit (Tabelle 2).<sup>4</sup> Darüber hinaus sind vier weitere Zusammenhänge besonders hervorzuheben:

- Auch zwanzig Jahre nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten sind es vor allem Ostdeutsche, die sich kontinuierlich ungerecht entlohnt fühlen.
- Insbesondere Facharbeiter weisen eine erkennbare Tendenz auf, sich als ungerecht entlohnt zu betrachten.
- Dies gilt auch für die Einkommensgruppen mit einem monatlichen Bruttolohn zwischen 950 und 1800 Euro.
- Und schließlich existieren branchenbezogene Unterschiede, wobei das Baugewerbe sowie das Sozial- und Gesundheitswesen einen relativ hohen Anteil kontinuierlich ungerecht entlohnter Beschäftigter aufweist.

Neben Faktoren, die sich unmittelbar aus dem Arbeitskontext (Arbeitszeit, branchenspezifische Situation) ergeben, sind es also bestimmte gesellschaftliche Gruppen (Ostdeutsche, Facharbeiter, Bezieher niedriger bis mittlerer Einkommen), die sich im Beobachtungszeitraum kontinuierlich als ungerecht entlohnt bezeichnen.

Tabelle 2

**Determinanten<sup>1</sup> einer dauerhaft empfundenen Einkommensungerechtigkeit**

	Erwerbseinkommen wird in allen drei Zeitpunkten (2005, 2007, 2009) als ungerecht bewertet
Geschlecht	0,9101
Alter	1,0211 ***
Region (Ostdeutschland)	1,2683 **
Bildung (Casmin)	1,0968 ***
Facharbeiter	1,3723 **
Position im Einkommensgefüge (Dezile des Bruttoeinkommens 2009, Referenz: mehr als 4 350 Euro pro Monat)	
Dezil 9 (3 401–4 350 Euro)	12,296
Dezil 8 (2 901–3 400 Euro)	16,071
Dezil 7 (2 501–2 900 Euro)	2,5692 *
Dezil 6 (2 201–2 500 Euro)	2,7041 *
Dezil 5 (1 801–2 200 Euro)	3,3673 *
Dezil 4 (1 401–1 800 Euro)	4,0039 **
Dezil 3 (951–1 400 Euro)	4,8847 **
Dezil 2 (401–950 Euro)	29,942
Dezil 1 (bis 400 Euro)	14,071
Mittlerer Stundenlohn im Beobachtungszeitraum	1,0100 **
Arbeitszeit 2005 (in Stunden)	1,0759 ***
Differenz 2007 zu 2005 (Absenkung der Arbeitszeit)	0,9542 ***
Differenz 2009 zu 2007 (Absenkung der Arbeitszeit)	0,9658 ***
Branchen (Referenz: Verarbeitendes Gewerbe, nur p <sub>2</sub> < 0,10)	
Baugewerbe	0,6655
Sozial- und Gesundheitswesen	1,7115 ***
N	4 531
Log Pseudolikelihood	-1 612,826
Chi <sup>2</sup> (30)	412,93
Pseudo R <sup>2</sup>	0,136

<sup>1</sup> SOEP 2005, 2007, 2009, jeweils alle Stichproben, gewichtet für 2009, Odds Ratios, Irrtumswahrscheinlichkeit: \* < 5 Prozent, \*\* < 1 Prozent, \*\*\* < 0,1 Prozent.

Quelle: Berechnungen des DIW Berlin. **DIW Berlin 2010**

**Erwerbstätige in den mittleren Einkommensgruppen bewerten am wahrscheinlichsten ihr Einkommen als dauerhaft ungerecht.**

**Einkommensvorstellungen der Frauen niedriger als erzielte Einkommen der Männer**

In Deutschland verdienen Frauen 16 bis 20 Prozent weniger als gleich qualifizierte Männer.<sup>5</sup> Dies wird vielfach als *gender wage gap* bezeichnet. Die Ergebnisse aus allen drei Erhebungswellen zeigen,<sup>6</sup> dass sich die Vorstellungen über die Höhe des eigenen gerechten Einkommens zwischen Männern und Frauen deutlich unterscheiden, wobei Frauen geringere Ansprüche an ihr Brutto- oder Nettoeinkommen formulieren. Das *gerechte Einkommen* für Frauen liegt auch 2009

<sup>4</sup> Die statistischen Analysen basieren auf logistischen Regressionsmodellen, bei denen die abhängige Variable die Ausprägung 1 (konstant ungerechtes Lohnempfinden) oder 0 (nicht konstant ungerechtes Lohnempfinden) annimmt.

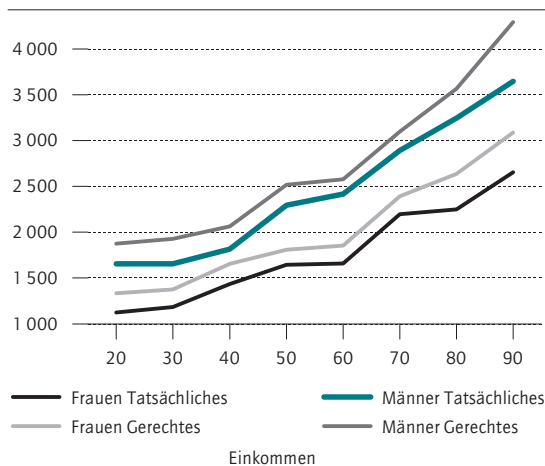
<sup>5</sup> Vgl. zu dieser Thematik auch die beiden Studien von Busch, A., Holst, E.: Verdienstdifferenzen zwischen Frauen und Männern nur teilweise durch Strukturmerkmale zu erklären. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 15/2008; Busch, A., Holst, E.: „Gender Pay Gap“: In Großstädten geringer als auf dem Land. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 33/2008.

<sup>6</sup> Dieses Ergebnis kann auch mit Hilfe von alternativen Messmethoden, wie faktorielle Designs bestätigt werden. Vgl. Liebig, S., Sauer, C., Auspurg, K., Hinz, T., Schupp, J.: A Factorial Survey on the Justice of Earnings within the SOEP-Pretest 2008. SOEP-Papers on Multidisciplinary Panel Data Research No. 238, 2009.

Abbildung 4

### Tatsächliche und als gerecht erachtete Monatsnettoeinkommen für vollzeitbeschäftigte Männer und Frauen nach Berufsstatusgruppen<sup>1</sup> 2009

In Euro



<sup>1</sup> In der untersten ISEI-Statusgruppe (20) befinden sich Beschäftigte mit einfachen Tätigkeiten wie Hilfs- und Reinigungskräfte, der höchsten ISEI-Statusgruppe (90) sind zum Beispiel Ärzte und Hochschullehrer zugeordnet.

Quelle: Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2010

Das von Frauen als gerecht empfundene Einkommen liegt noch unter dem tatsächlichen Einkommen der Männer.

im Durchschnitt deutlich unterhalb des subjektiv gerechten Einkommens der Männer.

In Abbildung 4 sind zunächst die tatsächlichen Nettoeinkommen für vollzeitbeschäftigte Männer und Frauen nach Berufsstatusgruppen dargestellt. Es zeigt sich, dass das Einkommen der Frauen in den einzelnen Berufsstatusgruppen deutlich geringer ist als das der Männer. Ergänzt man diese Darstellung um die Vorstellungen über die Höhe des eigenen gerechten Einkommens, so zeigt sich zweierlei: Erstens wird eine Differenzierung der Entlohnung nach beruflichem Status grundsätzlich als gerecht eingeschätzt – die Linie des gerechten Einkommens verläuft nahezu parallel zu den tatsächlichen Einkommen. Die Befragten erwarten also lediglich eine Anhebung ihres Einkommens, aber keine grundsätzlich andere Einkommensstruktur. Zweitens wird beim Vergleich der subjektiv gerechten Einkommenshöhen von Männern und Frauen deutlich, dass die Erwartungen der Frauen sogar deutlich unter dem Einkommensniveau verbleiben, das die Männer tatsächlich haben.<sup>7</sup>

<sup>7</sup> Zu ähnlichen Befunden kommt die Studie: Jasso, G., Webster, M. Jr.: Double Standards in Just Earnings for Male and Female Workers. *Social Psychology Quarterly*, Vol. 60, 1997, 66–78.

### Fazit

Die Analyse zur subjektiven Einschätzung des eigenen Erwerbseinkommens zeigt, dass ein Großteil der Beschäftigten über alle Beobachtungszeitpunkte – 2005, 2007 und 2009 – das eigene Einkommen als gerecht erachtet. Dennoch lassen sich auch deutliche Veränderungen beobachten. Von besonderer Bedeutung ist hierbei, dass die empfundene Einkommensungerechtigkeit im Jahr 2009 nach einer Zunahme im Jahr 2007 wieder auf das Niveau des Jahres 2005 zurückgegangen ist. Die ökonomische Situation im Jahr 2005 war durch eine relativ hohe Arbeitslosigkeit gekennzeichnet und insofern mit der Situation im Jahr 2009 vergleichbar, in dem es in Folge der Finanzkrise zu betriebsbedingten Kündigungen, Kurzarbeit und Einstellungsstopps kam. Zu beiden Zeitpunkten beobachten wir ein vergleichsweise geringes Niveau an wahrgenommener Einkommensungerechtigkeit. Demgegenüber war das Jahr 2007 durch einen kräftigen wirtschaftlichen Aufschwung bestimmt und die empfundene Einkommensungerechtigkeit bewegte sich auf einem deutlich höheren Niveau. In Krisenzeiten sind Beschäftigte offensichtlich eher bereit, auf Einkommen zu verzichten, um so ihren Arbeitsplatz sichern zu können. In Aufschwungszeiten erwarten sie hingegen ihren gerechten Anteil am wirtschaftlichen Erfolg. Dass gerade in derartigen Situationen Gerechtigkeit ein wichtiges Motiv und Kriterium ist, erklärt sich aus ihrer Bedeutung als Warnsystem vor Benachteiligung durch andere.<sup>8</sup> Dass Menschen den Wert der Gerechtigkeit als so wichtig erachten, liegt nämlich auch daran, dass gerade dort, wo Menschen zur Erreichung eines gemeinsamen Ziels miteinander kooperieren, der Einzelne leicht von Anderen ausgenutzt werden kann. In dem Fall tragen die einen die Kosten und arbeiten, während die anderen keine Anstrengungen unternehmen, die Früchte der Arbeit aber gleichwohl genießen. Regeln und Kriterien der Gerechtigkeit erlauben es nicht nur, derartige Situationen zu entdecken, sondern auch einzuschätzen, wann es für den Einzelnen sinnvoll ist, selbst keine Anstrengungen mehr zu unternehmen, weil die anderen sich einseitig bereichern, ohne selbst etwas beizutragen.

Individuell wahrgenommene Entlohnungsungerechtigkeit kann durchaus gesellschaftlich relevante Auswirkungen haben. In einer früheren Studie konnte gezeigt werden, dass – bei Berücksichtigung sozio-demographischer Unterschiede – empfundene Einkommensungerechtigkeit in hohem Maße mit geringer Wahlbeteiligung, geringerer psychischer

<sup>8</sup> Liebig, S.: Warum ist Gerechtigkeit wichtig? Befunde aus den Sozial- und Verhaltenswissenschaften. In: Roman-Herzog-Institut (Hrsg.): Warum ist Gerechtigkeit wichtig? Antworten der empirischen Gerechtigkeitsforschung. München 2010, 10–27.

Gesundheit sowie höheren Fehlzeiten am Arbeitsplatz einhergeht.<sup>9</sup>

Deutlich wurde in den vorgestellten Analysen auch, dass es gerade die Bezieher mittlerer Einkommen und insbesondere Facharbeiter sind, die zu einem dauerhaften Ungerechtigkeitsempfinden tendieren. Dazu trägt auch die Einkommensbesteuerung bei, wie sich anhand der Differenz der Gerechtigkeitsbewertung von Brutto- und Nettoeinkommen zeigen lässt. Im oberen Einkommenssegment lässt sich hingegen kein negativer Effekt der Steuerlast auf die Gerechtigkeitsbewertung des eigenen Nettoeinkommens nachweisen; insofern wäre hier Spielraum für Steuererhöhungen gegeben.

Schließlich machen die Ergebnisse deutlich, dass auch in einer gerechten Welt, in der jeder das Einkommen erhielte, das er für sich als gerecht ansieht, Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen

existierten. Die Ansprüche der Frauen an ihr Einkommen sind geringer als die der Männer. Dies wird plausibel, wenn man berücksichtigt, dass sich Vorstellungen über gerechte Einkommen vor allem über Vergleiche mit Personen ausbilden, die ähnliche Merkmale aufweisen wie man selbst. Dementsprechend vergleichen sich Frauen zunächst mit anderen Frauen innerhalb ihrer Berufe. Da Frauen häufig in *Frauenberufen* tätig sind, das Lohnniveau in diesen Berufen aber niedriger ist als in *Männerberufen*, vergleichen sie sich immer mit denjenigen, die weniger verdienen als Männer. Dies trägt dazu bei, dass trotz des gesetzlich verankerten Diskriminierungsverbots weiterhin Unterschiede im Einkommen zwischen Männern und Frauen existieren. Die Frauen selbst haben niedrigere Erwartungen an ihr Einkommen und stellen deshalb – etwa bei Gehaltsverhandlungen – geringere Forderungen. Der *gender wage gap* kann also nicht allein durch individuelle Anstrengungen reduziert werden, sondern eher durch eine größere Transparenz von Entlohnungssystemen. Sind Entlohnungsunterschiede zwischen den Geschlechtern sichtbar, so ist zu erwarten, dass Frauen auch höhere Lohn- und Gehaltsforderungen stellen.

**JEL Classification:**  
D31, D63

**Keywords:**  
Justice,  
SOEP,  
Inequality

<sup>9</sup> Vgl. Liebig, S., Schupp, J.: Entlohnungsgerechtigkeit in Deutschland? Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 47/2004.

**Impressum**

DIW Berlin  
Mohrenstraße 58  
10117 Berlin  
Tel. +49-30-897 89-0  
Fax +49-30-897 89-200

**Herausgeber**

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann  
(Präsident)  
Prof. Dr. Alexander Kritikos  
(Vizepräsident)  
Prof. Dr. Tilman Brück  
Prof. Dr. Christian Dreger  
Prof. Dr. Claudia Kemfert  
Prof. Dr. Viktor Steiner  
Prof. Dr. Gert G. Wagner

**Chefredaktion**

Dr. Kurt Geppert  
Carel Mohn

**Redaktion**

Tobias Hanraths  
PD Dr. Elke Holst  
Susanne Marcus  
Manfred Schmidt

**Lektorat**

Dr. Uwe Kunert  
Dr. Vanessa von Schlippenbach

**Pressestelle**

Renate Bogdanovic  
Tel. +49 – 30 – 89789–249  
presse@diw.de

**Vertrieb**

DIW Berlin Leserservice  
Postfach 7477649  
Offenburg  
leserservice@diw.de  
Tel. 01805–19 88 88, 14 Cent/min.  
Reklamationen können nur innerhalb  
von vier Wochen nach Erscheinen des  
Wochenberichts angenommen werden;  
danach wird der Heftpreis berechnet.

**Bezugspreis**

Jahrgang Euro 180,–  
Einzelheft Euro 7,–  
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer  
und Versandkosten)  
Abbestellungen von Abonnements  
spätestens 6 Wochen vor Jahresende  
ISSN 0012-1304  
Bestellung unter leserservice@diw.de

**Satz**

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

**Druck**

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –  
auch auszugsweise – nur mit  
Quellenangabe und unter Zusendung  
eines Belegexemplars an die Stabs-  
abteilung Kommunikation des DIW  
Berlin (Kundenservice@diw.de)  
zulässig.

Gedruckt auf  
100 Prozent Recyclingpapier.